

tisiert werden auch eine eher defensive Grundhaltung, ein vorherrschend düsteres Bild der Situation der Kirche. Fehlende Aktualität und Handlungsmotivation aber sind für die Analysanten ebenso ein Grund für die geringe Attraktivität der Bistumszeitungen in jüngeren Leserschichten wie der diesen ebenfalls angelastete mehrheitlich „getragen-frömmelnde“ Sprachstil. Den Beiträgen fehle auch Humor und Sprachwitz. Not tue vor allem, so das Fazit Kepplingers, eine Veränderung der Einstellung, mit der die Themen gewählt und inhaltlich aufbereitet werden. Weder der Kommunikationsforscher noch die Demoskopien wollten dabei der äußerlichen Form, Fragen des Layouts beispielsweise, zuviel Bedeutung beimessen. Natürlich, auch hier gebe es Handlungsbedarf. Es scheint aber, sie wollen entschieden den Verantwortlichen in Ordinariaten und Verlagen die Flucht in Oberflächenkosmetik, ins schlichte „face-lifting“ alleine verwehren. Wie aber steht es nun um die Chancen der Bistumszeitung? Der Befund ist nicht rosig, gibt jedoch keinen Anlaß zur Depression und Resignation: Das Kernkonzept Kirchenzeitung sei ein

tragfähiges Programm. Immerhin haben die Experten aus Allensbach auch das beträchtliche Maß an Zufriedenheit unter der treuen Kernleserschaft aufzeigen können. Ein anderes positives Signal gaben die Ergebnisse über die Nutzung: Die Kirchenzeitungen werden tatsächlich und ausführlich gelesen. Das gerne gehegte Vorurteil, man halte die Bistumszeitung nur dem Pfarrer zuliebe, ließ sich nicht bestätigen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse beider Studien ergab sich vor allem eine zentrale Frage: Sollen sich die Bistumszeitungen künftig stärker noch auf ihre wichtigste Zielgruppe konzentrieren oder eher versuchen, mit breiterem Angebot neue Leser zu gewinnen? Die von Allensbach dazu ausgegebene Formel sucht den Mittelweg: Die Kirchenzeitungen müßten für die Kernleser über eine Profilierung der inhaltlichen Stärken und des exklusiven „Zusatznutzens“ optimiert werden. Zugleich aber solle auch das Angebot für die Interessen jüngerer Leser ab 40 Jahren geöffnet werden. Die Neugewinnung von Lesern in diesem Alterssegment sei für die Zukunftssicherung unerlässlich. A. F.

auch sein mag – sei vielleicht doch zum richtigen Zeitpunkt gekommen, mutmaßte Raiser: „Wir werden nur in der Lage sein, die gegenwärtige Krise zu überwinden und dem ÖRK eine neue bestandsfähigere Gestalt zu geben, wenn die Mitgliedskirchen gemeinsam der Überzeugung sind, daß der Rat auch in Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen hat.“ Der frühere Bochumer Theologieprofessor zeigte sich zugleich aber davon überzeugt, daß der Prozeß zum gemeinsamen Verständnis und zur gemeinsamen Vision die Grundlage für eine Antwort auf diese Herausforderung biete.

Auch der Vorsitzende des Zentralausschusses, *Aram Keshishian*, Katholikos der Armenisch-Apostolischen Kirche im Libanon, unterstrich den inneren Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Selbstverständigungsprozeß. Einerseits betonte er unmißverständlich: „Wir können es uns nicht mehr länger leisten, den gegenwärtigen Programmrahmen und die Verwaltungsstruktur des Rates aufrechtzuerhalten.“ Zugleich äußerte er jedoch die Hoffnung, der Prozeß biete die Gelegenheit, den Rat in all seinen Aspekten, Dimensionen und Ausdrucksformen zu überprüfen und umzugestalten.

Schmerzlich ist die aktuelle Finanzkrise in jedem Fall, nicht zuletzt deshalb, weil der ÖRK bereits Anfang der 90er Jahre mit einem massiven Haushaltsdefizit konfrontiert war und damals bereits drastische Maßnahmen – Personalkürzungen in der Genfer ÖRK-Zentral eingeschlossen – ergriffen hatte, um seine Finanzen zu konsolidieren. Im vergangenen Jahr fehlten nun erneut 5,5 Millionen Mark in der Kasse des Rates. Für dieses Jahr ist im Haushalt ein Defizit von 2,9 Millionen Mark angesetzt; 1997 muß der ÖRK einem Beschluß des Zentralausschusses gemäß ein ausgeglichenes Budget vorlegen.

Die neuerliche Finanznot hat mehrere Gründe: Sinkende Einnahmen, Verluste bei Investitionen und Devisentermingeschäften, zu hoch angesetzte Wechselkurse und sinkende Rücklagen nannte Raiser, der ausdrücklich

ÖRK: Serviceorganisation oder Gemeinschaft der Kirchen?

Die schwere Finanzkrise und der im Blick auf die Vollversammlung 1998 angelauene Diskussionsprozeß über Selbstverständnis und Funktion des Ökumenischen Rates der Kirchen prägte die diesjährige Sitzung des ÖRK-Zentralausschusses, der vom 12. bis 20. September in Genf tagte.

„Der ÖRK befindet sich an einem Scheideweg“, lautete das Fazit, das der für eine zweite Amtsperiode wiedergewählte Generalsekretär *Konrad Raiser* in seinem Bericht an den Zentralausschuß zog. Er verband damit die zwei zentralen Themen, die die Tagesordnung der diesjährigen Sitzung des Zentralausschusses bestimmten: die Finanzkrise, die den Ökumeni-

schen Rat der Kirchen zu weiteren drastischen Sparmaßnahmen zwingt und den Diskussionsprozeß zu einem „gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Vision“ des ÖRK auf dem Weg zu seiner Achten Vollversammlung in Harare 1998, mit der er zugleich sein 50jähriges Bestehen feiern wird.

Die Finanzkrise – so schmerzlich sie

nur der „dramatischen Situation“ wegen die Finanzen zur Chefsache machte.

Der Zentralausschuß-Vorsitzende brachte einen weiteren und entscheidenden Grund auf die lapidare Formel: „Die Mitgliedskirchen finanzieren die Arbeit des Rates nicht ausreichend.“ Deren Beitragsleistungen müßten sich mehr als verdoppeln. Zur Zeit erhalte der Rat jährlich nur 7,8 Millionen Mark an nicht zweckgebundenen Mitgliedsbeiträgen (im Unterschied zu den Aufwendungen für bestimmte Programme und Projekte) bei Gesamteinnahmen von rund 100 Millionen Mark. Dreiviertel der ÖRK-Mittel bringen dabei vier Länder auf: Deutschland (38 Prozent), Schweden (18), Niederlande und die USA (je zehn Prozent). Vor eine harte Probe habe die finanzielle Situation, so der Generalsekretär, vor allem den Mitarbeiterstab des ÖRK gestellt. Dieser werde im Laufe des Jahres um weitere 20 Prozent verringert.

Ein Entwurf für die „ökumenische Charta des 21. Jahrhunderts“

Zu dem 1989 begonnenen Diskussionsprozeß „Gemeinsames Verständnis und gemeinsame Vision“ – der mehr als ein gewöhnlicher Studienprozeß des Rates sei, wie Aram Keshishian bekräftigte – wurde den 156 Mitgliedern des Zentralausschusses jetzt in Genf ein Text zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt, der Entwurf für ein Dokument, das den Kirchen, beziehungsweise deren Delegierten auf der Achten Vollversammlung zur Annahme unterbreitet werden soll. Selbst schon Produkt eines längeren Konsultationsprozesses, geht diese erste Fassung des Dokumentes, intern bezeichnet als „eine Art ökumenische Charta des 21. Jahrhunderts“, nun den einzelnen Mitgliedskirchen zu. Eine endgültige Version, in die dann die Reaktionen und Stellungnahmen der Kirchen eingearbeitet sein werden, soll, so die Planung, dem Zentralaus-

schuß im September nächsten Jahres vorgelegt werden.

Sieben Kapitel wird das Dokument umfassen; das letzte, überschrieben mit „Eine ökumenische Vision“ hat dabei bereits den Charakter eines Textes für einen feierlichen liturgischen Akt: Der Danksagung für bereits Erreichtes und für die gemeinsame ökumenische Geschichte folgt die Verpflichtung zur weiteren Suche nach Gemeinschaft ebenso wie zum gemeinsamen Zeugnis nach außen.

In den Kapiteln zuvor wird zuerst an frühere Formulierungen zu Selbstverständnis und Vision des ÖRK erinnert, vor allem an die Erklärungen von Toronto 1950 (mit der zentralen Aussage: der Ökumenische Rat der Kirchen ist keine „Über-Kirche“) und Utrecht 1972 (ein Brief des Zentralausschusses an die Mitgliedskirchen anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des ÖRK, in dem unter anderem die Forderung erhoben wird: „Wir werden lernen müssen, offen miteinander über den Kern unserer Verpflichtung zu sprechen“). Das zweite Kapitel des Entwurfes dient der Bestimmung des Rates als Instrument der ökumenischen Bewegung, der Definition des Begriffes „ökumenisch“ und einer „ökumenischen Vision“ überhaupt. Die weiteren Kapitel betreffen direkte Fragen nach dem Selbstverständnis des ÖRK, die Aufgaben und Funktionen der Mitgliedskirchen selbst „in ihrem Streben nach sichtbarer Einheit“ und die des Rates im Dienst der Kirchen.

Daran schließt die Bestimmung des Verhältnisses zu den anderen „Partnern der einen ökumenischen Bewegung“, unter diesen hervorgehoben die römisch-katholische Kirche: „Es erscheint uns undenkbar, daß der ÖRK oder die römisch-katholische Kirche ihre ökumenische Berufung weiter verfolgen könnten, ohne mit der anderen Institution zusammenzuarbeiten... Die Mitgliedschaft im ÖRK ist zwar keineswegs die einzige Möglichkeit, die sich den Kirchen bietet, um zusammenzuarbeiten, doch glauben wir, daß die Gemeinschaft des ÖRK ärmer ist dadurch, daß die römisch-katholische

Kirche diesem Kreis von Kirchen nicht angehört.“ Zwei Textpassagen im Dokument, die sich konkreter der organisatorischen Struktur des Rates widmen sollen, fehlten noch in Genf.

Eine offene Gemeinschaft gegenseitiger Rechenschaft

In seinem Bericht hatte der Generalsekretär die Bedeutung und Dringlichkeit einer erneuten Verständigung über die „raison d'être“, über Rolle und Funktion des Ökumenischen Rates der Kirchen und den Charakter der Mitgliedschaft unter besonderem Verweis auf eine Formulierung des Dokumentes unterstrichen: „Das Wesen des Rates besteht nicht in den Beziehungen der Kirchen zum ÖRK als einer organisierten Institution, sondern in den wechselseitigen Beziehungen der Kirchen untereinander... Er ist die Gemeinschaft der Kirchen, die auf dem Weg zur sichtbaren Einheit sind, und er ist daher weit mehr als ein Werkzeug der Zusammenarbeit oder Vermittler von Programmdiensten.“

Bei seinen Besuchen in den Mitgliedskirchen dagegen, monierte Raiser, begegne ihm bedauerlicherweise eher ein „instrumentelles“ Verständnis des ÖRK als Hilfsorganisation. Die Tatsache, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Mitgliedskirchen einen finanziellen Beitrag leisteten, gebe einen ersten Hinweis auf den Grad der Verpflichtung, die die Kirchen gegenüber dem ÖRK eingingen. Viele müßten erst noch akzeptieren lernen, „daß ihre Mitgliedschaft im Rat die Verwirklichung offener Gemeinschaft und gegenseitiger Rechenschaft, insbesondere im Verhältnis zu Mitgliedskirchen in demselben Land oder derselben Region impliziert“ (vgl. auch das Interview mit Konrad Raiser, HK, September 1996, 453 ff.).

Bezüglich der konkreten Arbeit und Organisation des ÖRK kritisierte Raiser die tendenziell „schwerfälligen“ Strukturen und forderte unter anderem künftig mehr Zurückhaltung des Rates bei der direkten Programmver-

antwortung, die in den letzten drei Jahrzehnten dessen Profil im wesentlichen bestimmt habe. Vieles lasse sich aber auf der Ebene nationaler oder regionaler Kirchenräte besser verwirklichen.

Wie schon bei der Sitzung im vergangenen Jahr sorgte der Bericht zu den Vorbereitungen der Jubiläumsvollversammlung in Harare an zwei Punkten für Diskussion (vgl. HK, November 1995, 611 ff.). Der eine betrifft die Wahl des Veranstaltungsortes; Mitglieder des Zentralausschusses monierten erneut die Menschenrechtslage unter dem Regime Mugabe und machten dies besonders an dessen repressiver Haltung gegenüber Homosexuellen fest. Anlaß zur Diskussion gab darüber hinaus erneut die Frage nach einer gemeinsamen Abendmahlsfeier bei der Vollversammlung in Harare.

Auch zu politisch aktuellen Vorgängen verabschiedete der Zentralausschuß in Genf wie üblich Stellungnahmen. Eine widmete sich der nach wie vor desaströsen Lage in Burundi, zwei weitere stellten die USA an den Pranger: wegen der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Kuba zum einen, zum anderen wegen des neuerlichen Luftschlages gegen den Irak. Überdies richtete der Zentralausschuß an alle Mitgliedskir-

chen des ÖRK die Aufforderung, sich stärker für Aidskranke einzusetzen, sich überhaupt viel intensiver der Herausforderung von HIV/Aids zu stellen. Zum wichtigsten sozialetischen Unternehmen des ÖRK könne künftig das bei der Zentralausschußsitzung 1994 in Südafrika ins Leben gerufene „Programm zur Überwindung der Gewalt“ werden. Diese Überzeugung äußerte die deutsche Delegierte und Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, *Margot Käßmann*, in Genf. Im Kontext dieses Programmes wurde jetzt unter dem Slogan „Frieden der Stadt“ eine Kampagne gegen Gewalt in Großstädten auf den Weg gebracht. In sieben ausgewählten Städten – unter anderen Rio de Janeiro und Johannesburg – sollen Kirchen, soziale Organisationen und Journalisten nach Wegen für eine „Kultur des Friedens“ suchen.

Das folgende Jahr erklärte der Zentralausschuß zum Ökumenischen Jahr der Kirchen in Solidarität mit den Entwurzelten. Alle Mitgliedskirchen und dem ÖRK verbundene Organisationen wurden aufgerufen, die Millionen von Menschen weltweit zu unterstützen, die gezwungen seien, Wohnung und Heimat zu verlassen, sei es politischer Verwerfungen, sei es der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wegen. *A. F.*

Belastung in geradezu gegenteiligem Sinn. Zu dem Medieninteresse ist festzuhalten, daß es nicht nur die sogenannte „Sensationspresse“, sondern auch die „Qualitätsblätter“ erfaßte, aber auch der ungerne wahrgenommene Umstand, wie sehr in westlichen Demokratien Presse und elektronische Medien dem Publikumsgeschmack folgen, statt diesem die Richtung zu weisen.

Die Medien, von der von ihnen mitausgelösten Furore selbst am meisten angesteckt, sahen die katholische Kirche Großbritanniens von der Affäre als zutiefst erschüttert, was gewiß nicht der Fall war. Geradezu tröstlich nahmen sich da die aus der Kirchengeschichte zitierten Beispiele weit ärgerer Vorfälle, etwa am Hof der Renaissancepäpste, aus. Bemerkenswert war der Kontrast zwischen der konfus und betroffen reagierenden schottischen Kirchenführung und der Reaktion der katholischen Laien. So traurig diese der Vorfall stimmte, schienen sie sich doch mehr der Tatsache bewußt, daß die Kirche eine aus menschlichen Sündern zusammengesetzte göttlich gestiftete Einrichtung ist. Was in diesen Wochen allseits an Erschütterungen zu verzeichnen war, erwies sich jedoch in jeglicher Weise für die Kirche als kontraproduktiv.

Kein Ruhmesblatt für die Kirchenführung

Der schottische Primas und Erzbischof von Glasgow, Kardinal *Thomas Winning*, und Erzbischof *Keith O'Brien* von Edinburgh meinten, zuerst ihren „Mitbruder Roddy“ als beliebten Bischof charakterisieren zu müssen, als einen Priester mit dem Herzen am rechten Fleck, dem man bei seiner etwaigen Umkehr verzeihen, und den man, wenngleich nicht als Bischof, so doch als Priester, wieder aufnehmen würde. Das mußte zumal in nicht-katholischen Kreisen erstaunen und entweder als fast unglaubliches Zeichen von Nächstenliebe oder als Nativität aufgefaßt werden. Die rechtskon-

Großbritannien: Viel Wirbel um einen Bischof

Der Fall des schottischen Bischofs Roderick Wright, der mit dem Zölibat in Konflikt geriet und sein Amt aufgab, hatte in Großbritannien ein gewaltiges Medien-echo. Die Diskussion um den Pflichtzölibat bekam dadurch zusätzliche Nahrung.

Die Skala der Verirrungen, die sich der Bischof der schottischen Diözese Argyll and The Isles, *Roderick Wright*, durch sein Verschwinden Mitte September leistete, hat einen außergewöhnlichen Meinungssturm in der britischen und, von dieser übernommen, in der Weltpresse ausgelöst. Anfangs

schien ein Nervenzusammenbruch das Motiv des 65jährigen gewesen zu sein, aber dann wurde seine Liebesbeziehung mit einer geschiedenen Frau und Mutter dreier Kinder dermaßen sexversessen ausgeschlachtet, daß man meinen konnte, das gar nicht mehr puritanische Britannien leide unter dieser